

Suizidforscher warnen vor Zulassung von Sterbehilfe

Berlin. Das Nationale Suizidpräventionsprogramm (NasPro) und die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) haben vor jeglicher Zulassung von Sterbehilfe gewarnt. Jede Durchbrechung des gesellschaftlichen Tötungsverbots "gefährde und destabilisiere potenziell die menschliche Gemeinschaft", erklärten die Organisationen am Freitag anlässlich des bevorstehenden WHO Welttages der Suizidprävention am 10. September.

Stattdessen sei es ethisch geboten, Hilfe zu leisten. So solle Patienten ein würdevolles Lebensende mit optimaler professioneller Versorgung, Leidensminderung und menschlicher Zuwendung möglich gemacht werden.

Der Aktionstag steht dieses Jahr unter dem Motto "Suizidprävention weltweit – protektive Faktoren stärken – Hoffnung wecken".

In Deutschland nehmen sich im Jahr etwa 10.000 Menschen selbst das Leben, etwa 100.000 versuchen es. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben daher mehr Menschen durch Suizid als durch Verkehrsunfälle, Gewalttaten, illegale Drogen und Aids zusammen. Diese Zahlen seien weitgehend unbekannt, das Interesse am Thema dementsprechend gering. Besonders suizidgefährdet seien vor allem Menschen ab 60 Jahre. Die verbreitete Annahme, dass sich besonders viele junge Menschen das Leben nehmen, sei ein Irrtum. "Jeder zweite Suizid einer Frau ist der einer über 60-Jährigen", heißt es. Gründe dafür sind häufig soziale Isolierung und Hoffnungslosigkeit vieler älterer Menschen. Es fehle aber an gesellschaftlichen Bemühungen, den Ursachen vorzubeugen. So gebe es zu wenig Hilfsangebote für suizidgefährdete ältere Menschen. Vorhandene Angebote würden - vor allem aus Angst und Scham - kaum angenommen.

Eine besondere Problemgruppe für die Suizidprävention seien in Europa, wie auch in Deutschland, Personen mit Migrationshintergrund. Neue EU-Studien zeigten teilweise bis 4fach erhöhte Suizidversuchsraten, besonders bei jungen Frauen. Leider erhielten sie nach Suizidversuchen häufig auch weniger und nicht ausreichende therapeutische Angebote.

Mit Sorge sehen die Suizidologen auch auf die wirtschaftliche Entwicklung. Untersuchungen auf EU-Ebene zeigten nämlich, dass ein Ansteigen der Arbeitslosigkeitsraten mit einem deutlichen Ansteigen der Suizidraten einhergehe. Einer der Ursachenfaktoren sei auch der zunehmende Leistungsdruck, dem Arbeitnehmer ausgesetzt seien, wie sie auch die neueren Krankheitsstatistiken von Krankenkassen zeigten.

Als wichtigste Aufgabe sehen es daher das Nationale Suizidpräventionsprogramm an dem mehr als 80 Organisationen und 200 Wissenschaftler mitarbeiten, wie auch die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention an, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und gefährdete Personen zu erreichen.